



Vaduz, 28.01.2014 / MG-Info 14.01

Liebe Mitglieder

Wir wünschen Euch und Euren Familien alles Gute, Gesundheit und Erfolg!

Uns allen wünschen wir, dass sich das neue Jahr positiv entwickelt und wieder die nötige Ruhe einkehrt, um wie bisher auch weiterhin motiviert und voller Tatendrang unseren Aufgaben in Top-Qualität nachkommen zu können. Für den PVL beginnt das neue Jahr mit folgenden Themen:

Die Pensionsversicherung (PVS) wird uns in 2014 leider weiter intensiv beschäftigen. Noch im letzten Jahr ist die politische Entscheidung für das neue Gesetz über die betriebliche Vorsorge des Staates (SBPVG) gefallen, das zum 1. Juli 2014 in Kraft treten wird. Der neue Stiftungsrat hat sich Anfang Januar bereits konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Wir gratulieren allen Stiftungsratsmitgliedern zu ihrer Bestellung und sprechen ihnen unser vollstes Vertrauen aus.

Aber welche Veränderungen bringt die Gesetzesänderung mit sich? Welche Konsequenzen hat das für jede(n) Einzelne(n) von uns? Welchen Einfluss haben die beiden Initiativen von Nikolaus Frick hierauf? Welche Szenarien sind denkbar? All diese Fragen stehen im Raum und es besteht sowohl auf Seiten der Versicherten, als auch auf Seiten der Bürger und Steuerzahler ein immens hoher Bedarf an Information. **Wir erwarten daher von den politischen Entscheidungsträgern und von dem neuen Stiftungsrat, dass sie die Betroffenen umfassend, empfängergerecht und vor allem zeitnah informieren.** Nur so können die diesbezüglich herrschenden Unsicherheiten beseitigt und etwaige, aus möglicherweise unvollständigen Informationen gebildete Meinungen revidiert werden.

Auch die laufende Vernehmlassung zur Abänderung des Staatspersonalgesetzes (StPG) wird uns im neuen Jahr beschäftigen. Insbesondere sollen Regelungen zum Whistleblowing neu eingeführt werden.[1] Der PVL wird hierzu eine Stellungnahme abgeben, die wir wie immer auf unserer Internetseite veröffentlichen werden. Gerne könnt Ihr auch selbst eine eigene Stellungnahme hierzu abgeben oder aber an uns herantragen, so dass wir Eure Meinungen in die Stellungnahme des PVL mit aufnehmen können.

Eine weitere personalrechtliche Massnahme, die weitreichende Konsequenzen auf unsere Arbeitsverträge hätte, wurde noch im letzten Jahr im Landtag lanciert: Eine Motion fordert eine Angleichung des Kündigungsschutzes des Staatspersonals an die Regelungen der Privatwirtschaft.[2] Der Vorstand des PVL folgte am 27. Januar 2014 einer Einladung der Freien Liste zu einem Gedankenaustausch über die Voraussetzungen, die Zulässigkeit und

möglichen Folgen dieser Forderung. Der PVL wird sich hier ganz klar für die Beibehaltung der jetzigen Regelungen einsetzen. Denn:

**Staatliches Handeln bedingt den Schutz vor Willkür!** ([klick für Präsentation](#))

Zu diesen Themen sowie zu den laufenden Sparmassnahmen und dem Projekt zur Strukturanalyse der LLV **wird Regierungschef Adrian Hasler an unserer Generalsversammlung orientieren und sich Euren Fragen stellen. Die GV wird am Mittwoch, 20. März 2014, 18 Uhr stattfinden.** Also bitte schon jetzt den Termin vormerken! Die gesonderte Einladung folgt.

In diesem Sinn werden wir uns auch in 2014 für die Rechte unserer Mitglieder und der Staatsangestellten sowie der angeschlossenen Betriebe einsetzen. Wir danken Euch für das in uns gesetzte Vertrauen und zählen auf eure Unterstützung.

Euer PVL-Vorstand

[1] [http://www.llv.li/pdf-llv-rk\\_vernehmlassungsbericht\\_abaenderung\\_staatspersonalgesetz\\_und\\_weiterer\\_gesetze.pdf](http://www.llv.li/pdf-llv-rk_vernehmlassungsbericht_abaenderung_staatspersonalgesetz_und_weiterer_gesetze.pdf)

[2] [http://landtaglive.gmgnet.li/files/medienarchiv/motion\\_angleichung\\_kuendigungsschutz.pdf](http://landtaglive.gmgnet.li/files/medienarchiv/motion_angleichung_kuendigungsschutz.pdf)